



Medienmitteilung vom 25. Juni 2020

Zu wenig, zu spät

Der Luzerner Regierungsrat hat heute zwar einen Ammoniakplan und Phosphormassnahmen beschlossen. Doch die getroffenen Massnahmen reichen bei Weitem nicht aus, um das Problem tatsächlich zu beheben!

Vertreter der Umweltverbände WWF, Pro Natura und BirdLife haben in den vergangenen Jahren immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass im Kanton Luzern zu viel Ammoniak und zu viel Phosphor in die Umwelt gelangt. «Obwohl die Probleme seit Jahrzehnten bekannt sind, lässt es der Kanton leider immer noch zu, dass die Umwelt von der Landwirtschaft über Gebühr beansprucht wird», stellt Roland Fischer, Vorstand WWF Luzern und GLP-Nationalrat, fest: «Das schadet nicht zuletzt der Artenvielfalt, die für uns alle elementar ist.»

Erleichtert zeigen sich die Umweltverbände darüber, dass der Kanton nicht eingeknickt ist und auf die Forderungen zur Abschwächung der Phosphor-Reduktionsmassnahmen nicht eingegangen ist. Unverständlich ist, dass Phosphor-Verordnung und -projekt um ein ganzes Jahr verschoben wurden und erst 2021 in Kraft treten sollen.

97% des Ammoniaks, das in die Umwelt gelangt, stammt im Kanton Luzern aus der Landwirtschaft. Die hohen Phosphor-Frachten sind auf die durch die Landwirtschaft stark überversorgten Böden zurückzuführen. Das Problem ist im Kanton Luzern viel ausgeprägter als in anderen Kantonen, da hier besonders viele Tiere gehalten werden – mehr, als das Land und der Boden erträgt. Die Umweltverbände fordern deshalb seit Jahren eine weitere Beschränkung der Nutztierdichte.

Die Folgen der Emissionen sind gravierend: Die durch das Ammoniak übersäuerten Böden verarmen in ökologischer Hinsicht, die Biodiversität nimmt ab. Die Wälder werden durch die Übersäuerung geschwächt und verlieren ihre Schutzfunktion. Das Ammoniak in der Luft ist nicht zuletzt auch für den Menschen gesundheitlich bedenklich.

Die Überdüngung mit Phosphor wiederum führt zu belasteten Seen, in denen das Leben stirbt und die in der Folge teuer mit Steuergeldern «beatmet» werden müssen, wie es bei den Luzerner Mittellandseen der Fall ist. Obwohl diese Probleme seit Jahrzehnten bekannt sind, tut sich der Kanton Luzern schwer mit erfolgsversprechenden Lösungen – und hält an Zielen und Massnahmen fest, die bei Weitem nicht genügen: Die Ziele zur Ammoniak-Reduktion und zur Eindämmung der Phosphor-Fluten sind zu wenig ambitiös. Mit den vorgesehenen Reduktionen können nicht mal die vom Bund gesetzten Umweltziele erreicht werden. Der Kanton handelt damit im Widerspruch zum Umweltgesetz und zur Luftreinhalteverordnung.

Diese Kritik der Umweltverbände ist nicht neu: Seit Jahren bemängeln WWF, Pro Natura und BirdLife, auch als Mitglied der kantonalen Begleitgruppen, die ungenügenden Zielsetzungen und die zu wenig wirksamen Massnahmen.

Zweifel ist zudem angebracht, ob die Ziele in den verbleibenden Jahren erreicht werden können. Die Umweltverbände fordern den Kanton auf, die Wirkung der Massnahmen frühzeitig zu messen und die Massnahmen falls nötig ohne Umschweife anzupassen. Denn es geht um zu viel: für die Umwelt, aber auch für uns Menschen und für künftige Generationen.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung!

Samuel Ehrenbold, Stv. Geschäftsführer Pro Natura Luzern, 076 412 54 55,
samuel.ehrenbold@pronatura.ch

Maria Jakober, Leiterin Geschäftsstelle BirdLife Luzern, 079 718 45 39,
maria.jakober@birdlife-luzern.ch

Roland Fischer, Nationalrat glp, 079 422 76 60,
roland.fischer@parl.ch